

II-2593 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 13491J

1991-07-04

A N F R A G E

der Abgeordneten Ing. Reichhold, Dr. Schmidt
an den Bundesminister für Justiz
betreffend strafrechtliche Vorerhebungen gegen die Bundesminister
DI Riegler und DI Dr. Fischler

Im Zusammenhang mit dem Ankauf einer umfangreichen Büroautomatisationsanlage für das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ist es ab 1987 zu Unstimmigkeiten gekommen. So soll einerseits der Bericht der Inneren Revision mißachtet und eine Anlage beschafft worden sein, die den Anforderungen des Ministeriums angeblich nicht wirklich gerecht wird und zudem zu erheblichen Anfangsproblemen geführt hat. Andererseits soll die Ausschreibung nicht den Vorschriften entsprechend vorgenommen worden sein, wodurch ein überhöhter Preis bezahlt habe werden müssen.

Die Anfragesteller wurden nun davon informiert, daß im Zusammenhang mit diesen Vorgängen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und der Wirtschaftspolizei unter anderem gegen die amtierenden Bundesminister DI Riegler und DI Dr. Fischler eingeleitet worden sein sollen. Sie richten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die nachstehende

Anfrage:

- 1) Wurden oder werden von der Staatsanwaltschaft Wien gegen die Bundesminister DI Riegler und DI Dr. Fischler strafrechtliche Vorerhebungen durchgeführt? Wenn ja, ist es richtig, daß diese unter der Geschäftszahl 27 St 10.323/90 anhängig sind?
- 2) Seit wann wird gegen die beiden Minister ermittelt und welcher strafbaren Delikte werden sie verdächtigt?

- 3) Wurde der Akt einem ursprünglich damit befaßten Richter entzogen und wenn ja, warum? Ist durch die Übertragung an einen anderen Richter eine Verzögerung des Verfahrens eingetreten?
- 4) Sind die Verfahren derzeit noch anhängig?
- 5) Wenn nein, aus welchen Gründen wurden sie eingestellt?
- 6) Wenn ja, ist es richtig, daß die Einstellung der Verfahren geplant ist? Aus welchen Gründen wird dies gegebenenfalls erwogen?
- 7) Haben Sie oder Ihr Vorgänger bzw. die zuständigen staatsanwaltschaftlichen Behörden irgendwelche diesbezüglichen Weisungen erteilt; wenn ja, wie lauten diese?
- 8) Was wurde Ihnen - da es sich um ein Verfahren gegen Mitglieder der Bundesregierung handelt - von der Oberstaatsanwaltschaft berichtet?
- 9) Wurde von der Wirtschaftspolizei der Verdacht einer Parteifinanzierung untersucht; wenn ja, wurde ein solcher Verdacht begründet geäußert? Λ